

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow

Januar 2025

+++ Auflistung zeigt das ganze Ausmaß der Not in Berlins Ämtern +++

+++ So will Berlin seine Schlafbaustellen aufwecken +++

+++ CDU-Abgeordnete gegen Berliner Senatsplan: „Maximal 1700

Wohnungen auf der Elisabeth-Aue +++

+++ Parkausweis nicht nur für Anwohner: Vorstoß sorgt für Streit +++

+++ Parken in Pankow: Bezirk macht fast 5 Millionen Euro Überschuss +++

Datum: 19.12.2024	Medium: Bundesverband Taxi
	Autor: Thema: Johannes Kraft

Bundesverband unterstützt Regierungsinitiative zur Rettung des Berliner Taxigewerbes



Berlin. Im Berliner Abgeordnetenhaus wurde heute der Dringlichkeitsantrag „Das Berliner Taxigewerbe in seiner Existenz und Funktionsfähigkeit als Teil der Daseinsvorsorge sichern“ der Regierungsfractionen eingebracht. Der Bundesverband war mit Geschäftsführer Michael Oppermann und Referent Floris Cooijmans vor Ort im Abgeordnetenhaus und unterstützt die Initiative: „Die Regierungsinitiative ist ein wichtiger Schulterschluss für die Daseinsvorsorge, für das Taxigewerbe und für eine Stadt, die wieder Ordnung schafft auf ihren Straßen“, so Oppermann.

Michael Oppermann fasst die erste Lesung im Parlament und den Antrag zusammen: *„Wir unterstützen den vorliegenden Antrag der Berliner Regierung zu 100 Prozent. Damit wird der Wildwuchs bei der Konzessionserteilung beendet, die Kontrollen werden gestärkt und die Einführung von Mindestpreisen für Mietwagen wird endlich vorbereitet.“* Federführend sind bei der Regierungsinitiative die verkehrspolitischen Sprecher Johannes Kraft (CDU) und Tino Schopf (SPD). Oppermann: *„Unser besonderer Dank gilt den Abgeordneten Kraft und Schopf, die dieses wichtige Thema in ihren Fraktionen und nun im Abgeordnetenhaus auf die Agenda gesetzt haben und mit Nachdruck auf Lösungen beharren.“*

In 15 Punkten fordert der Antrag vieles – unter anderem mehr Personal für die Aufsichtsbehörde, eine dezidierte Überprüfung der Unternehmen vor Konzessionserteilung, einschließlich einer Überprüfung, ob der Geschäftsplan ohne Sozialdumping und Betrug aufgehen kann (so genanntes Hamburger Modell), ein öffentliches Taxi- und Mietwagenregister, bessere und koordinierte Kontrollen, vorbereitende Prüfung eines Mindestbeförderungsentgelts für Mietwagen, Stärkung des Taxis im Bereich ÖPNV-Ergänzung und Inklusion sowie eine Überprüfung der bisher ergriffenen Maßnahmen und Prozesse. Oppermann: *„Der Antrag adressiert die von uns immer wieder vorgetragenen Missstände im Gewerbe und der Aufsicht. Die Tage des Systems ‚Der Ehrliche ist der Dumme‘ sind damit gezählt. Die Regierungsfractionen machen deutlich: Berlin ist kein*

rechtsfreier Raum, auch nicht für Uber & Co. Damit geben sie auch der Aufsichtsbehörde LaBo wichtige politische Rückendeckung, die bereits in den letzten Monaten spürbar die Zügel angezogen hat.“

Besonders wichtig ist für den Verband die Einführung von Mindestpreisen für Fahrdienste wie Uber. Oppermann erläutert: *„Das Taxi ist Teil des öffentlichen Verkehrssystems und dieses öffentliche Verkehrssystem ist zu schützen – unter anderem auch gegen Dumping-Angebote privater Plattformen. Ganz besonders gilt dies, wenn bekannt ist, dass die Dumping-Preise nur durch Ausbeutung der Fahrerinnen und Fahrer sowie durch Abgabe- und Sozialversicherungsbetrug möglich sind. Das Bundesgesetz ermöglicht die Einführung solcher Mindestpreise, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Berlin schafft nun die entsprechende Grundlage.“*

Erst vor zwei Wochen hatten Taxifahrerinnen und Taxifahrer vor dem Abgeordnetenhaus demonstriert. Auf ihren Plakaten war zu lesen: *„Stop Sozialdumping von Uber & Co. Mindestpreise jetzt!“*

Im Plenum sprachen sich CDU, SPD und Grüne für den Antrag aus. Tino Schopf (SPD): *„In Berlin konnten wir erleben was passiert, wenn die Gier nach Profit und fehlende Kontrollen gemeinsam wirken. [...] Für einen fairen Wettbewerb ist es unabdingbar, dass gleiche Wettbewerbsbedingung gelten. Dazu dient die Einführung der Mindestentgelte.“* Für die CDU erklärte Lucas Schal: *„Wir wollen Wettbewerb, aber mit Regeln, an die sich jeder halten muss.“* Mindestpreise seien als letzte Maßnahme möglich. Für die Grünen kritisierte Antje Kapek: *„Das Zuständigkeitschaos führt dazu, dass organisierte Kriminalität weiter Geschäft auf unseren Straßen scheffeln kann.“* Die Einführung von Mindestpreisen unterstütze sie ausdrücklich. Der Linken ging der Antrag nicht weit genug, ebenso der AfD. Der Antrag wurde wie vorgesehen an die Ausschüsse für Mobilität und an den Hauptausschuss verwiesen.

Datum: 02.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian

SCHWER, ALT UND SAGENUMWOBEN

Ein Stein als Instagram-Hit: So soll es in Pankow klappen



Großer Stein von Buchholz: Mittlerweile freigelegt, kenntlich gemacht und das direkte Umfeld aufgehübscht, lässt sich noch mehr aus dem Naturdenkmal herausholen, glaubt Heimatkundler Christian Bormann. © FUNKE Foto Services | Sergej Glanze

Berlin. Endlich ist der Große Stein von Buchholz freigelegt. Er hat das Zeug zum Besuchermagneten, glauben manche. Doch noch fehlt etwas dafür.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article407999555/ein-stein-in-pankow-als-begehrtes-insta-motiv-so-sollE28098s-klappen.html>

Datum: 04.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki

Strafe reicht nicht – hier bekommen Radfahrer die Drogenbrille



Wenn Radfahrer in Pankow 25 Euro für Bürgersteig-Touren zahlen sollen, bleiben nicht alle gelassen. Der Bezirk will sein hartes Vorgehen auch deshalb nicht lockern. © Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. Ordnungsamt und Polizei greifen durch: Pankow gibt Kontrollen von Radfahrern hohe Priorität. Und erlebt eine brutale Reaktion.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408008313/strafen-reicht-nicht-hier-bekommen-radfahrer-die-drogenbrille.html>

Datum: 06.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Joachim Fahrun Thema: Lars Bocian

ÖFFENTLICHER DIENST

Auflistung zeigt das ganze Ausmaß der Not in Berlins Ämtern

Im Durchschnitt war im Sommer 2024 mit 11,8 Prozent jede neunte Stelle in den Bezirksämtern nicht besetzt. © picture alliance/dpa | Jörg Carstensen


Berlin. Zahlreiche unbesetzte Stellen gibt es in allen Behörden des Landes Berlin.

Aber mancherorts ist die Lage ganz besonders schlecht.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article407992471/personalmangel-grosse-unterschiede-zwischen-den-bezirken.html>

Datum: 06.01.2025	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Thema: Denise Bittner

Petition für Notarzteinsatzfahrzeug am Klinikum Buch

Eine starke Petition fordert den Ausbau der Gesundheitsversorgung im Norden von Pankow.

BLZ

06.01.2025 15:31 Uhr



Eine starke Petition fordert den Ausbau der Gesundheitsversorgung im Norden von Pankow. Bürger und Bürgerinnen haben 817 Unterschriften beigebracht, und gemeinsam mit der CDU-Vertreterin Denise Bittner einen Antrag für den am Mittwoch tagenden Gesundheitsausschuss der PVV Pankow eingebracht. Die BVV möge beschließen dem Bezirksamt zu empfehlen, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Inneres und Sport für die Stationierung eines Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF) am Helios Klinikum im Ortsteil Buch einzusetzen.

Der Pankower Norden sei ein dynamisch wachsendes Gebiet im Bezirk Pankow. Die medizinische Infrastruktur, insbesondere die Verfügbarkeit von Notarzteinsetzungsfahrzeugen (NEF), sei jedoch nicht mitgewachsen, um den gestiegenen Bedarf an Notfallversorgung in der Region zu decken, heißt es in der Begründung für den Antrag. In Buch befindet sich mit dem Helios-Klinikum als medizinischem Vollversorger eine der leistungsfähigsten Rettungsstellen Berlins. Seit dem 1. Januar 2024 bedient Rettungshubschrauber Christoph 100 (RTH) auf dem Gelände des Helios-Klinikums seinen Dienst zur Rettung von schwerverletzten Menschen aufgenommen. Die Einsätze dieses Hubschraubers der Deutschen Luftrettung e.V. leisteten einen unschätzbaren Beitrag, um verletzten und schwerkranken Menschen zu helfen und ihr Leben zu retten und zu verlängern. Die fehlende Verfügbarkeit von Notarzteinsetzungsfahrzeugen in der Region führe jedoch dazu, dass eine Alarmierung des Rettungshubschraubers selbst im Nahbereich, auch im Ortsteil Buch, erfolgt, obwohl das Ausrücken eines NEF deutlich schneller erfolgen könnte. Die Beantwortung von schriftlichen Anfragen zeigten auf, dass die gesetzliche Hilfsfrist für Rettungseinsätze von acht bis zwölf Minuten in den Ortsteilen Buch, Karow und Französisch[1]Buchholz nicht eingehalten werden könne, da die nächsten NEF in Bernau und Pankow stationiert seien. Diese hätten eine prognostizierte Fahrzeit von 16 Minuten zum Unfallort und überschreiten damit die Alarmierungszeit von 15 Minuten. Damit werde aufgrund des standardisierten Notrufabfrageprotokolls (SNAP) der Hubschrauber alarmiert und beginne seinen Einsatz, obwohl sich die nächstgelegene Rettungsstelle im Klinikum Buch in direkter Nachbarschaft befindet. In über 300 Einsätzen im Nahbereich hätte die Notfallversorgung schneller, wirkungsintensiver, kostengünstiger und weniger lärmintensiv mit einem NEF erfolgen können. Das fehlende NEF führt dazu, dass der RTH immer wieder über nahe gelegene Wohngebiete fliegen muss und damit massive Lärmbelastungen in der Region Buch verursacht und zudem immense Kosten verursacht. Um eine zeitnahe und flächendeckende Notfallversorgung im Norden Pankows zu gewährleisten, sei die Stationierung eines Notarzteinsetzungsfahrzeugs dringend erforderlich. Ein NEF würde die Einsatzzeiten verkürzen, die Wahrscheinlichkeit der Lebensrettung erhöhen und zusätzlich die Lärmbelastung für die angrenzende Bevölkerung wirksam reduzieren. Dies gelte besonders für den wachsenden Siedlungsbereich und das angrenzende Umland.

Datum: 06.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Isabell Jürgens Thema: Johannes Kraft

So will Berlin seine Schlafbaustellen aufwecken



Im März 2024 war die Treskowallee Richtung Norden ab der Wuhlheide komplett aufgerissen. Diese Arbeiten sollen – nach mehrmaligen Verzögerungen – nun bis Ende Januar 2025 abgeschlossen werden. Berlin. Seit Jahren bemühen sich wechselnde Landesregierungen, schlummernde Dauerbaustellen zu bekämpfen. Ein neuer Anlauf soll den Durchbruch bringen.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article408021462/so-will-berlin-seine-schlafbaustellen-aufwecken.html>

Datum: 07.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian, Johannes Kraft

DROHENDE ÜBERLASTUNG

Elisabeth-Aue: Angriff auf die Maximallösung beim Wohnungsbau



Dieser Acker wird 2026 zum Baufeld für eines der größten neuen Stadtquartiere Berlins. Für neue Kleingärten bleibt auf der Elisabeth-Aue in Pankow kein Platz – zum Ärger von Lokalpolitikern. © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Berlin. 5000 Wohnungen, kein Platz für Kleingärten: Berlins Bausenator geht bei der Elisabeth-Aue aufs Ganze. Nun ertönt deutlicher Widerspruch.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408028375/berlin-pankow-elisabeth-aue-angriff-auf-die-maximalloesung-beim-wohnungsbau.html>

Datum: 09.01.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Susanne Vieth-Entus Thema: Lars Bocian

Gegen Massenschwänzen nach Neujahr: Berlin denkt über kürzere Pfingstferien nach




Weil der erste Schultag auf den 2. Januar fiel, tauchten viele Schüler nicht auf. Jetzt prüft die Verwaltung eine Änderung der Ferienplanungen, damit sich das Ganze nicht wiederholt.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/gegen-massenschwanzen-nach-neujahr-berlin-denkt-uber-kurzere-pfingstferien-nach-12990073.html>

Datum: 09.01.2025	Medium: Tagesspiegel
	Autor: Christian Hönicke Thema: Lars Bocian, Denise Bittner

CDU-Abgeordnete gegen Berliner Senatsplan: „Maximal 1700 Wohnungen auf der Elisabeth-Aue“




© imago images/Jürgen Ritter / imago images/Jürgen Ritter

Bausenator Gaebler will die umkämpfte Fläche in Pankow mit mindestens 5000 Wohnungen bebauen. Dagegen gibt es erneut Widerstand aus der CDU. Auch Pankows SPD ist dagegen.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/cdu-abgeordnete-gegen-berliner-senatsplan-maximal-1700-wohnungen-auf-der-elisabeth-aue-12986227.html>

Datum: 09.01.2025	Medium: RBB 24 Inforadio
	Autor: Thema: Dirk Stettner



Interview

Einbürgerungsrecht: Stettner (CDU) verteidigt Vorstoß von Merz

Unions-Spitzenkandidat Friedrich Merz schlägt vor, straffälligen eingebürgerten Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit wieder abzuerkennen. Berlins CDU-Fraktionsvorsitzender Dirk Stettner sagt, dafür gebe es eine Grundlage in der Verfassung.

Im Wahlkampf ist die doppelte Staatsbürgerschaft zum Thema geworden. Die Ampel-Koalition hatte sie gerade erst reformiert. Friedrich Merz (CDU) will das Einbürgerungsrecht nun noch einmal überarbeiten. Der "Welt am Sonntag" hatte er gesagt, es müsse auch eine Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft möglich sein, wenn jemand straffällig geworden ist. Unter anderem bei SPD und Grünen hatte dieser Vorstoß für Empörung gesorgt.

Berlins CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** verteidigt nun den Vorschlag seines Parteichefs. "Ich halte das für ein richtiges Ziel", sagt er. Schließlich habe man ein Interesse daran, dass deutsche Staatsangehörige sich nicht Terrormilizen anschließen und gegen den deutschen Staat vorgehen.

Stettner (CDU): **Keine Grundgesetzänderung notwendig**

Stettner verweist dafür auf Artikel 16 des Grundgesetzes. Darin heißt es zwar, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden kann. Es gibt aber sehr spezielle Ausnahmefälle: etwa,

wenn sich jemand an "Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland" konkret beteiligt. Aus Sicht von Stettner sei deshalb für Merz' Vorschlag auch keine Änderung der Verfassung nötig. Diese biete die Grundlage für ein mögliches Gesetz, mit dem Aberkennungen der Staatsbürgerschaft geregelt werden könnten.

Hintergrund

Führende Ökonomen kritisieren Merz-Äußerungen zur Staatsbürgerschaft

Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) hat nach seiner Ankündigung, die Regeln zur Einbürgerung in Deutschland zu verschärfen, Kritik aus der Wirtschaft auf sich gezogen. "Es ist überhaupt nicht zu erkennen, wie der Vorschlag von Merz Probleme im Land lösen kann, wohl aber, dass er Probleme schafft", sagte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, dem Düsseldorfer "Handelsblatt". Eingebürgerte treibe nun die Sorge um, Staatsbürger zweiter Klasse zu werden.

Auch die Vorsitzende der sogenannten Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer, kritisierte Merz für seinen Vorstoß. "Vielmehr sollten die weiterhin hohen bürokratischen Hürden abgebaut und die Bearbeitungszeiten der Einbürgerungsanträge verkürzt werden", sagte sie dem "Handelsblatt". Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht können dazu beitragen, den Fachkräftemangel in Deutschland zu beheben.

Eine doppelte Staatsbürgerschaft gebe es in anderen Ländern auf der Welt schon lange. "Nur Deutschland, das ein Einwanderungsland sein will und muss, hatte sich lange dagegen gesperrt", sagte Schnitzer der Zeitung. Auch SPD, Grüne und Linke hatten Merz scharf für seine Forderungen kritisiert. – AFP

Datum: 10.01.2025	Medium: Spiegel Panorama
DER SPIEGEL	Autor: Thema: Dirk Stettner

Wegen antiisraelischer Proteste

Berliner CDU-Fraktionschef verlangt Rücktritt von Hochschulpräsidentin

Der Druck auf die Präsidentin der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin wird größer. CDU-Fraktionschef Stettner spricht nach der Hörsaalbesetzung durch propalästinensische Aktivisten von einer »moralischen Bankrotterklärung«.



CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** hat die Präsidentin der Alice-Salomon-Hochschule, Bettina Völter, für ihr Verhalten bei einer Hörsaalbesetzung durch propalästinensische Aktivisten scharf kritisiert.

»Völter sollte ihr eigenes Versagen erkennen und zurücktreten«, [sagte er dem Nachrichtenportal t-online](#). Sie unterstütze bewusst oder aus Unkenntnis Hamas-Aktivisten und diskreditiere die Berliner Polizei, sagte der CDU-Politiker.

Der »Tagesspiegel« zitierte **Stettner** mit dem Hinweis: »Moralische Konsequenzen kann man nur selber ziehen.« Völter habe sich durch ihr Vorgehen im Kontext der Besetzung endgültig disqualifiziert. »Das alles ist eine moralische Bankrotterklärung.«

Die Hochschulpräsidentin war nach einer Protestaktion an der Alice-Salomon-Hochschule (ASH) am vergangenen Montag in die Kritik geraten. Mehrere Aktivisten hatten den größten Hörsaal der ASH in Berlin-Hellersdorf besetzt. Auf Bannern war etwa der Spruch »Free Palestine« zu lesen. Bei einer anschließenden Versammlung vor dem Gebäude wurden der Polizei zufolge mehrere Personen vorläufig festgenommen.

In einem Video ist zu sehen, wie Völter Polizisten mehrfach dazu auffordert, den Eingangsbereich des Hochschulgebäudes zu verlassen und sagt: »Wir erleben es als Bedrohung, dass sie vorne am Eingang stehen.«

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner teilte auf der Plattform X daraufhin mit, er halte es für »völlig unverständlich«, dass eine Hochschulpräsidentin die Polizei als Bedrohung sehe und nicht »die verummten und gewalttätigen Antisemiten, die ihre Hochschule besetzen«.

Datum: 11.01.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Uwe Lemm Thema: Lars Bocian


Unbesetzte Stellen im Bezirksamt

Tempelhof-Schöneberg. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg gab es zum Stichtag 30. Juni 2024 insgesamt 2441,7 Stellen in der Bezirksverwaltung. Diese wurden durch 2400 Beschäftigte besetzt. Dies geht aus der Antwort von Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (CDU) von der Senatsverwaltung für Finanzen vom 16. Dezember auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Lars **Bocian** (CDU) hervor. Damit kamen im Bezirk 665 Beschäftigte auf 100.000 Einwohner. Unbesetzt davon waren zum Stichtag 389 Stellen oder 15,93 Prozent. Anders ausgedrückt: Mehr als jede sechste Stelle war nicht besetzt. **UL**

Datum: 15.01.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Uwe Lemm Thema: Lars Bocian

Verwaltung unterbesetzt

Neukölln. Im Bezirk Neukölln gab es zum Stichtag 30. Juni 2024 insgesamt 2067 Stellen in der Bezirksverwaltung. Rund 221 Stellen sind davon unbesetzt, das heißt, ungefähr jede zehnte Stelle in der Verwaltung. Dies geht aus der Antwort von Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (CDU) von der Senatsverwaltung für Finanzen vom 16. Dezember auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten **Lars Bocian** (CDU) hervor. In der Bezirksverwaltung arbeiten insgesamt 2101 Beschäftigte, damit kommen 638 Verwaltungsmitarbeiter auf 100.000 Einwohner des Bezirks. **UL**

Datum: 15.01.2025	Medium: Berlin live
	Autor: Michael Maierhöfer Thema: Lars Bocian, Johannes Kraft

Miete in Berlin: Bittere Nachricht geht um – Bewohner sind fassungslos! „Typisch“

Diese bittere Nachricht dürfte bei vielen Mietern in Berlin für Unmut sorgen. Es geht um ein wichtiges Vorhaben.

Die Miete in Berlin wird wohl auch im Jahr 2025 ein ständiges Thema in den Medien bleiben. Egal ob bei der Wohnungssuche oder beim Wohnungsbau, überall gibt es Probleme, die sich negativ auf die Mieter auswirken.

Jetzt geht eine Nachricht um, die für mächtig Ärger bei den Bewohnern eines Stadtteils in Berlin sorgt. Hier erfährst du alles über die neuesten Entwicklungen.

Mieter in Berlin müssen jetzt stark sein

Die Elisabeth-Aue ist eine rund 70 Hektar große Fläche im Bezirk Pankow. Viele Mieter in Berlin dürften sich über die Nachricht gefreut haben, dass dort laut Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler (SPD) „mindestens 5.000 Wohnungen“ entstehen sollen.


Doch jetzt gibt es Kritik an dem ambitionierten Wohnungsbauprojekt vonseiten der CDU, das geht aus einem Bericht des „Tagesspiegels“ vom 9. Januar hervor. Demnach fordern die Pankower CDU-Abgeordneten **Lars Bocian und Johannes Kraft**

den Bebauungsplan „eine deutliche Reduzierung des Bauvolumens“ auf „maximal 1.700 Wohnungen“.

So reagieren die Bewohner auf die Nachricht

Sie verwiesen dabei auf Beschlüsse der Pankower Bezirksverordnetenversammlung zur Elisabeth-Aue. Unter anderem wurde entschieden, dass es auf dem Gelände keine Vollbebauung geben soll, sondern „eine schonende Randbebauung mit höchstens viergeschossigen Gebäuden und eine frühzeitige Anpassung der infrastrukturellen Kapazitäten, insbesondere der Verkehrsinfrastruktur.“

Eine Entlastung des Berliner Wohnungsmarkts dürfte dadurch eher ausbleiben. Ein Unding finden viele Mieter in Berlin, die auf Reddit ihrem Ärger Luft machen. „CDU Berlin: ‚Mehr bauen, schneller bauen!‘ Auch CDU Berlin: ‚Da soll zu viel gebaut werden! Wir haben doch nicht die Infrastruktur dafür!“, fasst ein User zusammen.

Datum: 15.01.2025	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Peter Neumann Thema: Johannes Kraft

Streik bei der BVG: Warum die CDU die Verdi-Forderungen für unrealistisch hält

Die Gewerkschaft berät, ob und wann es in Berlin zu Arbeitsniederlegungen bei Bus und Bahn kommt. CDU-Verkehrspolitiker Kraft bittet um Mäßigung

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/streik-bei-der-bvg-in-berlin-warum-ein-cdu-politiker-verdi-forderungen-fuer-unrealistisch-haelt-li.2289339>

Datum: 15.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki

Café-Krise im Bürgerpark Pankow: „Schade um das schöne Lokal“




Einem der beliebtesten Ausflugsziele Pankows fehlt sein kulinarisches Herz. Ob das Café in der Mitte des Bürgerparks wieder öffnet, dazu gibt es sehr verschiedene Ansichten. © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Berlin. In Pankows schönstem Park streiten Besucher und Vereine über die Schließung eines beliebten Cafés. Und eine Stadträtin spricht Klartext.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408071270/berlin-cafC3A9-krise-im-buergerpark-pankow-schade-um-das-schoene-lokal.html>

Datum: 15.01.2025	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: BLZ Thema: Lars Bocian, CDU-Fraktion

Pankow: CDU-Fraktion will Tempo-30-Zone vor Grundschule ausweiten

Die Tempo-30-Zone vor der Grundschule Rosenthal beginnt direkt vor ihrem Eingang. Die CDU Pankow sieht darin eine Gefahr für die Grundschule und will die Zone verlängern.

BLZ
16.01.2025 15:03 Uhr




Die CDU Pankow will die Verkehrssicherheit von Grundschulern im Bezirk verbessern. Annette Riedl/dpa

Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow setzt sich für eine Verkehrsberuhigung vor der Rosenthaler Grundschule ein. Wie **Lars Bocian** (CDU), Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin für Pankow, auf Facebook mitteilte, wird die Fraktion einen Antrag zur Ausweitung der Tempo-30-Zone vor der Schule in die BVV einbringen.

Derzeit beginnt die Tempo-30-Zone erst direkt vor dem Zebrastreifen und dem Schuleingang, was **Bocian** zufolge dazu führe, dass Autofahrer erst kurz vor dem Überqueren durch die Schüler abbremsen. Diese Situation stelle regelmäßig eine Gefahr für die Grundschüler dar. Mit der Ausweitung der 30er-Zone sollen Autofahrer gezwungen werden, früher abzubremsen.

Weitere Details zu diesem Vorstoß von der CDU werden bei der kommenden BVV-Sitzung erwartet. Dann will die Fraktion den Antrag einreichen.

Datum: 16.01.2025	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Thema: Manuela Anders-Granitzki

Sperrmüll entsorgen: An diesen Terminen finden die BSR-Kieztage in Pankow statt

An den BSR-Kieztagen können Berliner ohne großen Aufwand ihren Sperrmüll in der Nachbarschaft loswerden. Das sind die ersten Termine im Bezirk Pankow.

BLZ

16.01.2025 14:47 Uhr



Sperrmüll muss in Pankow nicht auf der Straße abgestellt werden, sondern kann bei den BSR-Kieztagen abgegeben werden. Bewohnerinnen und Bewohner von Pankow können auch 2025 ihren Sperrmüll bei den BSR-Kieztagen kostenlos abgeben. Insgesamt sind 24 Termine in Zusammenarbeit mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) für die erste Jahreshälfte angesetzt, teilte Manuela Anders-Granitzki (CDU), Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum, auf Facebook mit.

BSR-KIEZTAGE IM BEZIRK PANKOW FÜR DAS JAHR 2025

- 21. Januar, Bruno-Apitz-Straße 15/17, 13125 Berlin-Buch
- 4. Februar, Vinetastraße 10, 13189 Pankow
- 18. Februar, Hugentottenplatz, 13127 Französisch Buchholz
- 11. März, Hofzeichendamm 45, 13125 Karow
- 18. März, Kuglerstraße 78–80, 10439 Prenzlauer Berg
- 1. April, Helmholtzplatz, gegenüber Raumerstraße, 10437 Prenzlauer Berg
- 22. April, Ella-Kay-Straße 38, Parkplatz 10405 Prenzlauer Berg
- 20. Mai, Görschstraße 10, 13187 Pankow
- 28. Mai, Rolandstraße 25, Parkbuchten vor 25 b–f, 13156, Niederschönhausen
- 3. Juni, Kissingenplatz, 13189 Pankow

Alle Termine finden jeweils zwischen 13 und 18 Uhr statt. Dann können Berliner in Pankow Sperrmüll, alte Matratzen und Elektrogeräte abgeben. Nicht angenommen werden Altreifen, Lacke und Farben sowie Bauschutt. Gut erhaltene Gegenstände können außerdem auf dem Tausch- und Verschenkmarkt abgegeben werden.

Datum: 17.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Jan Weber Thema: Manuela Anders-Granitzki

LOCKVOGEL UNTERWEGS

Alkohol für Minderjährige? Testergebnisse sind „alarmierend“



Minderjährige bekommen an Spätis und in Supermärkten harten Alkohol und Zigaretten - das ergab ein Testversuch im Bezirk Pankow. © dpa | Gerald Matzka

Berlin. Eine jugendliche Testperson hat versucht in Pankow an Spätis und Supermärkten Zigaretten und Schnaps zu bekommen. Das sind die Ergebnisse.

Ob Supermarkt, Imbissbude oder Späti: In Berlin kann man zu jederzeit hochprozentigen **Alkohol oder Tabak** kaufen – leider auch als minderjährige Person. Das hat eine Reihe von Tests, die das Bezirksamt Pankow veranlasst hat, ergeben. Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) und ihre Mitarbeiter aus dem Ordnungsamt sowie dem Innendienst ziehen ein besorgniserregendes Fazit aus der Testreihe – und auch Konsequenzen.

Verkäufer nicht vorführen, sondern sensibilisieren

„Der Sinn hinter den Kontrollen ist es nicht, das Personal eines Geschäfts vorzuführen oder hereinzulegen, sondern die Inhaber und Verkäufer dafür zu sensibilisieren, welche Folgen Unachtsamkeit für Jugendliche haben kann“, sagt Manuela Anders-Granitzki. Die minderjährige Testperson stammt aus dem

öffentlichen Dienst des Bezirks und ist im Ausbildungsverhältnis beim Land Berlin oder im Polizeidienst und mindestens 16 Jahre alt.

Das Mitmachen beruht auf Freiwilligkeit und die Eltern haben zuvor eine Einverständniserklärung unterzeichnet. „Kinder und Jugendliche sind noch nicht in der Lage, die Risiken und Folgen für ihre Gesundheit richtig einzuschätzen“, sagt die Bezirksstadträtin. Bei einem Test ist der oder die Minderjährige nie alleine unterwegs, ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes ist mit dabei. Bei den ersten Tests geht dieser zuvor in das Geschäft, später wartet er davor. Alle möglichen Szenarien werden vorher geschult und besprochen, die testende Person kontrolliert nicht in dem Bezirk, in dem sie wohnt.

Mehr als die Hälfte haben den Test nicht bestanden

„Es wird nicht willkürlich kontrolliert. Wir konzentrieren uns auf Geschäfte, über die zuvor von besorgten Eltern Beschwerden eingegangen sind“, sagt eine Mitarbeiterin aus dem Innendienst. Insgesamt wurde an 42 verschiedenen Orten kontrolliert, überwiegend aber an Spätis. 23 von 42 getesteten Einrichtungen sind durchgefallen und haben ohne Nachfrage oder Bedenken Tabakprodukte und hochprozentigen Alkohol an die minderjährige Testperson verkauft. „Das ist bedauerlich und alarmierend. Wir ziehen daraus Konsequenzen und erhöhen die Tests zukünftig“, sagt Manuela Anders-Granitzki.

Vor allem bei Spätis hat der oder die Minderjährige besonders häufig bekommen, was nicht hätte verkauft werden dürfen: in 20 von 29 Fällen gab es Zigaretten und Schnaps. Die Ordnungswidrigkeit wurde direkt im Anschluss an den Test aufgenommen, ebenso wurden Verkäuferinnen und Verkäufer gelobt, wenn sie sich an das Gesetz gehalten haben und nach einem Ausweisdokument gefragt haben und die Herausgabe von Alkohol und Tabakwaren unterbunden haben. Häufig wurde angegeben die Altersnachfrage vergessen zu haben oder es auf den Stress beim Verkaufen geschoben.

Bußgelder bis zu 50.000 Euro sind möglich

Die Unachtsamkeit kann sehr teuer enden, besonders für den Inhaber des Geschäfts. Beim erstmaligen Verstoß eines Angestellten zahlt der Inhaber zwischen 200 und 800 Euro, steht er selbst an der Kasse, sind es schon 750 bis 1.500 Euro. Kommt es vermehrt vor, sind Strafen bis zu 50.000 Euro möglich und bei dem Verdacht auf Vorsatz könnte sogar das Berufsverbot ausgesprochen werden. Für die Bezirksstadträtin ist klar: „Die Kontrollen müssen erhöht werden. Das Ergebnis ist nicht hinnehmbar und die Verkäufer müssen dafür sensibilisiert werden, nach einem Ausweisdokument zu fragen.“

Datum: 20.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Oskar Paul Thema: Dirk Stettner

Parkausweis nicht nur für Anwohner: Vorstoß sorgt für Streit



Berlin. Im Tagesspiegel forderte [Dirk Stettner](#) (CDU) Parkvignetten für das Stadtzentrum von Berlin. Der Vorstoß wird heftig kritisiert.

Der Vorschlag des [Fraktionsvorsitzenden der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner](#), **Parkvignetten** für das Stadtzentrum auch für Nicht-Anwohner anzubieten, wird heftig kritisiert. „Ich frage mich, in welcher Stadt [Herr Stettner](#) lebt“, sagte die Sprecherin für Verkehrspolitik bei den Grünen im Abgeordnetenhaus, Antje Kapek, der Berliner Morgenpost.



Dirk Stettner, Fraktionsvorsitzender der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus.

© FUNKE Foto Services | Sergej Glanze

Im [Interview mit dem Tagesspiegel](#) hatte **Stettner** angekündigt, mit einem neuen System beim **Parken** mehr Vorteile für die Berliner schaffen zu wollen. Gefragt nach den Plänen sagte er unter anderem: „Aber viel wichtiger ist, dafür zu sorgen, dass auch Menschen, die mit dem Auto nach Berlin reinfahren und hier jetzt sehr teuer parken müssen, günstig wegkommen. Auch die sollen die Möglichkeit haben, eine Parkvignette fürs Zentrum zu kaufen.“ Bisher können in Berlin Anwohner [Parkvignetten](#) kaufen. Parkraumbewirtschaftung lautet der sperrige Begriff. [10,20 Euro kostet die Vignette](#)– im Jahr. Das deckt nicht einmal die Verwaltungskosten.

Grüne, Linke, aber auch der Koalitionspartner, kritisieren **Stettner scharf**

Grünen-Politikerin Kapek sagte, dass es schon heute weniger Stellplätze als Autos gäbe. Jetzt wolle Stettner „zusätzliche Anreize“ für Autofahrer schaffen. Sie warnt vor einem „kompletten Verkehrskollaps.“ Sie kritisierte [die Kürzungen im Haushalt](#) und im [Investitionsprogramm](#). „Wenn er wirklich etwas für die Außenbezirke tun will, muss er in Bus und Bahn investieren“, sagte sie. Auch Kristian Ronneburg von den Linken kritisierte die Kürzungen und forderte mehr Park- und Ride-Anlagen und einen guten Schnellbahnverkehr. „Offenbar will die CDU die Stadt mit Pendlerautos, die billig in der Stadt parken sollen, zustopfen“, sagte der Sprecher für Mobilität.


Auch aus der SPD, immerhin Koalitionspartner der CDU, kommt Kritik. Der verkehrspolitische Sprecher Tino Schopf reagierte gegenüber der Morgenpost genervt. Das sei eine Fortsetzung der Rubrik „Stettner hat eine Idee“, sagte er. „In keinsten Weise“ halte er etwas von der Idee, die Autos in den Mittelpunkt rücke, statt [Radwege](#) und den **ÖPNV**. Die Außenbezirke bräuchten eine „vernünftige Anbindung“, sagte er und meint einen „verlässlichen ÖPNV“. Auch forderte er einen Ausbau der Park- und Ride-Anlagen. Immer wieder falle **Stettner** durch solche Vorstöße auf. „Ist er der heimliche Verkehrssenator?“, fragte Schopf mit Blick auf Verkehrssenatorin Ute Bonde von der CDU.

Parkplätze im Stadtzentrum: Was sagt der Bezirk Mitte?

Einer der Bezirke im Stadtzentrum ist Mitte. Dort gibt es schon heute 73.300 bewirtschaftete Parkplätze und mehr als 81.000 Bewohnerparkausweise. Der Bezirk erklärt, dass auch Menschen

mit privaten Stellplätzen einen Bewohnerparkausweis haben können, daher gäbe es mehr Parkausweise als bewirtschaftete Parkplätze. Bezirksstadtrat Christopher Schriener (Grüne) kritisierte den Vorstoß ebenfalls scharf. „Eine Innenstadt vignette für Pendler wird die dringenden Mobilitätsfragen der Berlinerinnen und Berliner nicht verbessern“, sagte er. Immerhin in einem Punkt besteht Einigkeit mit **Stettner**: Die Antragstellung und Genehmigung bei der Parkraumbewirtschaftung seien zu komplex, so der Bezirksstadtrat.

Gegenüber der Morgenpost sagte **Stettner** am Montag: „Die Parkraumbewirtschaftung, so wie wir sie jetzt haben, funktioniert nicht.“ Das wolle die CDU ändern. Er betonte, dass es sich bei seinem Vorstoß um ein Konzept handle, das noch in Erarbeitung sei. Ob das auch für Pendler aus Brandenburg gelten solle, könne er noch nicht sagen, **so Stettner**. Selbstverständlich sei die erste Priorität, den ÖPNV auszubauen. Aber in den Außenbereichen sei man noch nicht so weit.

Datum: 20.01.2025	Medium: Tagesspiegel
DER TAGESSPIEGEL 	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki



© imago images / Rolf Zöllner

Debatte um Brücken-Neubau in Berlin: Doch für Autos freigegeben? Darum soll diese Brücke plötzlich breiter werden

Eine Ringbahn-Brücke in Prenzlauer Berg soll für den Fuß- und Radverkehr neu gebaut werden.

Nun wird der Plan geändert - für Pkw? Der Bezirk reagiert auf die Befürchtungen.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/debatte-um-brucken-neubau-in-berlin-doch-fur-autos-freigegeben-darum-soll-diese-brucke-plotzlich-breiter-werden-13050157.html>

Datum: 21.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Johannes Kraft

Senat vor Ort“ in Pankow

Hoher Besuch auf Brache: Hat Berlin „Stadtentwicklung verlernt“?



"Senat vor Ort": Besuch auf dem Gelände der "Alten Schäferei" am 21. Januar. © FUNKE Foto Services | Reto Klar

Berlin. Senat und Bezirksamt haben die „Alte Schäferei“ in Pankow besucht – und sich zum Kernproblem um das geplante Wohnquartier geäußert.

Hochrangiges Stelldichein auf einer weitläufigen Brache bei Temperaturen um den Gefrierpunkt. Der Berliner Senat um den Regierenden Bürgermeister [Kai Wegner](#) (CDU) und das Bezirksamt, unter anderem in Form von Bezirksbürgermeisterin Cordelia Koch (Grüne), Stellvertreterin Manuela Anders-Granitzki (CDU) und Stadtentwicklungsstadtrat Cornelius Bechtler (Grüne), sind am Dienstag im Rahmen des Formats „**Senat vor Ort**“ auf dem Gebiet der „Alten Schäferei“ in [Pankow](#) zu Gast gewesen. Ein Reisebus brachte sie hierher, in den hohen Norden des Bezirks im Ortsteil Französisch Buchholz.

Ab 2028 soll auf dem Gelände [eines der neuen Wohnquartiere](#) des Boom-Bezirks mit bis zu 4000 Wohnungen entstehen. Flankiert von großen Abbildungen und Grafiken, die eine kostengünstige und nachhaltige Zukunft auf dem Gebiet der „Alten Schäferei“ versprechen, überließ der Regierende Bürgermeister anderen das Wort.

Gewobag-Vorstand Markus Terboven sprach von einem Quartier, für das „alle Förderwege“ genutzt würden. Von einer günstigen und gut planbaren, seriell-modularen Bauweise nach „modernsten Standards“, „Mobility Hubs“, Nachhaltigkeit durch intelligente Bewässerung und autonome und energetische Versorgung mit Geothermie. Beinahe beiläufig kommt Terboven dann

doch noch auf das Kernproblem zu sprechen. „Wir hoffen, dass die verkehrliche Erschließung in dem Gebiet zügig vorankommt“. Er zeigt in die Ferne. Da hinten, etwa zwei Kilometer entfernt, sollen mal **zwei S-Bahnhöfe** entstehen.



Gewobag-Vorstand Markus Terboven (M.) zeigt Berlins Regierendem Bürgermeister Wegner (l.) ein Modell des geplanten Wohnquartiers. © FUNKE Foto Services | Reto Klar

Neues Wohnquartier in Pankow: ÖPNV-Anbindung als Knackpunkt

Nach aktuellen Planungen würde der Wohnungsbau für das Quartier „Alte Schäferei“ deutlich früher realisiert werden können als eine angemessene [ÖPNV](#)-Anbindung. Die bisherigen Pläne sehen anfangs lediglich eine Verkehrserschließung mit einer neuen Buslinie der BVG vor, ehe im Verlauf der 2030er-Jahre ein neuer Streckenast der **Tramlinie 50** folgen soll. Politiker wie der Pankower Abgeordnete Johannes Kraft (CDU) [hatten gewarnt](#), dass die Verkehrsinfrastruktur am Pankower Stadtrand schon jetzt „stark überlastet“ sei und das neue Quartier ohne entsprechende Anbindung „zum endgültigen Kollaps“ führen würde. Er hatte auf weitere großen Neubauvorhaben im Norden Pankows verwiesen, beispielsweise [an der benachbarten Elisabeth-Aue](#) und in Karow-Süd.

Stadtentwicklungsstadtrat Bechtler hatte in einem Bericht des Bezirksamts noch im vergangenen Jahr deutlich gemacht, dass von Start bis Umsetzung der Tram-Verlängerung [zwölf bis 13 Jahre vergehen können](#) und eine „deutliche Beschleunigung der Planungsprozesse dringend erforderlich“ ist. Bechtler hatte zudem im November im Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung eine [falsche Priorisierung bei der S-Bahn-Erweiterung](#) im Nordostraum kritisiert. Ausfinanziert ist hierbei der Ausbau Richtung Norden, nicht jedoch Richtung Zentrum. Die zwei geplanten **S-Bahnhöfe Bucher Straße und Schönerlinder Straße**, in deren künftige Richtung Gewobag-Vorstand Terboven zeigte, sollen frühestens Mitte der 2030er-Jahre fertiggestellt sein.

„Viel Zeit verloren“: Seitenhieb auf Ex-Verkehrssenatorin Günther

Die Botschaft an diesem Tag: Wir tun alles dafür, damit es schneller geht. „Ich habe das Gefühl, es kommt sehr viel Bewegung rein“, folgte Thomas Doll von der Bauprojektentwicklungsfirma

Treucon auf Terboven. Unter der **ehemaligen Verkehrssenatorin Regine Günther** (Grüne) sei „viel Zeit verloren“ gegangen. „Mit Frau Giffey ging es dann in die richtige Richtung“, so Doll. Bei der amtierenden Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) habe er gespürt, „dass sie eine richtige Verkehrspolitikerin ist und wir jetzt Geschwindigkeit auf die Straße bekommen“.


„Pankows Bezirksamt steht vor großen Herausforderungen“, hieß es dann seitens Bausenator Christian Gaebler (SPD). Man arbeite an vielen Stellen eng zusammen. So habe die Planung für das ganz in der Nähe [zu entstehende Gewerbegebiet](#) auf Bitten des Bezirksamts der Senat übernommen. „Wie kriegen wir zusammen mit den Kollegen von Bondes Senatsverwaltung die Verkehrsanbindung hin?“, sei die große Frage gewesen. Dazu habe es zusammen mit den Bahn-Bevollmächtigten einen Termin gegeben – auch um zu sehen, wie man „auch noch eine Zwischenlösung“ hinbekommt. Nun sei man „gut unterwegs“. Details darüber hinaus gab es nicht.

Stadtrat Bechtler: Was Hamburg und München besser machen

Auch Bechtler trat schließlich ans Mikrofon und reihte sich in das gegenseitige Lob ein. Die Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirk mache „richtig Spaß“, man habe große Probleme, ziehe aber „an einem Strang“ und habe vor, „Tempo aufzunehmen“. Gegenüber der Morgenpost sagte er im Anschluss, dass kein Bebauungsplan festgesetzt werden könne, solange die äußere Erschließung nicht da ist. Das könne nur gemeinsam gelingen, Berge versetzen könne man jedoch nicht.

„Man kann sich schon fragen, wieso alles so lange dauert“, andere Städte machen das anders, so Bechtler. In [Hamburg](#) und [München](#) beispielsweise würde man zuerst schauen, wo es eine gute verkehrliche Anbindung gibt oder wo sie leicht zu schaffen wäre – und dann entscheiden, dass dort Wohnungsbau betrieben werde. „Ich weiß nicht, ob Berlin irgendwann in den 00er-Jahren und 10er-Jahren verlernt hat, Stadtentwicklung zu machen?“, fragte sich der Stadtrat. Man habe lange keine neuen Quartiere gebaut und die Verwaltung auf Bezirks- und Landesebene sei „heruntergefahren worden.“

Kurz bevor der „Senat vor Ort“ seine Pankow-Tour fortsetzte, sprach dann doch noch Kai Wegner am Rand der Veranstaltung über das Projekt. Es handle sich um ein „absolutes Vorzeigeprojekt“ und sei „beispielgebend für die Berliner Stadtentwicklung“. Der Senat werde „alles tun, dass die Anbindung funktioniert.“

Datum: 23.01.2025	Medium: Tagesschau
	Autor: <i>rbb 88.8</i> Thema: Lars Bocian

Schwarz-Rot in Berlin plant höhere Bußgelder für illegalen Müll

Stand: 23.01.2025 17:21 Uhr

Die schwarz-rote Koalition in Berlin will stärker gegen illegale Müllentsorgung vorgehen. Der Umweltausschuss im Abgeordnetenhaus hat den Senat aufgefordert, die Bußgelder drastisch zu erhöhen. "Wir müssen alle gemeinsam an der Hemmschwelle arbeiten, Müll auf der Straße zu hinterlassen", erklärte **Lars Bocian**, einer der CDU-Antragsteller.

So soll eine weggeworfene Zigarettenkippe statt 55 Euro künftig 250 Euro Strafe kosten. Wer Sperrmüll illegal entsorgt, soll dafür künftig 4.000 Euro (statt bisher mindestens 150 Euro) zahlen. Hundekot nicht zu entfernen soll 80 Euro (statt bisher 55 Euro) kosten. Außerdem sollen neue Tatbestände dazukommen: Künftig wird auch geahndet, wenn ein Müllsack illegal abgeladen wird (500 Euro pro Stück). Für wild entsorgten Bauschutt werden mindestens 25.000 Euro fällig - falls sich darin gefährliche Inhaltsstoffe befinden sogar 65.000 Euro.



"Es ist schon respektloser geworden"


Pamela Busse arbeitet seit mehr als 14 Jahren als Straßenreinigerin bei der BSR. Der Job macht ihr Spaß, sollte aber besser bezahlt werden, sagt sie. Zumal die Anforderungen gestiegen sind. *Ein Gesprächsprotokollmehr*

Grüne: Antrag bringt nichts in der Umsetzung

Kritik an dem Vorschlag kam von den Grünen. "Netter Antrag, bringt aber nichts in der Umsetzung", sagte Umweltpolitikerin Julia Schneider. Auch bisher schon würde illegale Müllentsorgung in Berlin kaum geahndet. Das werde sich mit dem neuen Antrag nicht ändern, so Schneider.

Die AfD unterstützt zwar grundsätzlich die Initiative von Schwarz-Rot, hält den Antrag aber für nicht weitgehend genug. So müssten gleichzeitig auch die Ordnungsämter gestärkt werden, forderte deren Umweltpolitiker Alexander Bertram, und künftig in einem Dreischichtsystem arbeiten können: "Denn die Müllsünder werden nicht um 22 Uhr aufhören, wenn die Schicht des Ordnungsamts endet, sondern das passiert in der Regel danach".

Die Beschlussempfehlung des Umweltausschusses geht jetzt ins Plenum des Abgeordnetenhauses.

Datum: 23.01.2025	Medium: rbb
	Autor: rbb Thema: Lars Bocian

Zigaretten, Hundekot, Bauschutt

Schwarz-Rot in Berlin plant höhere Bußgelder für illegalen Müll

Do 23.01.25 | 17:21 Uhr

29



Audio: rbb 88.8 | 23.01.2025 | Angela Ulrich | Bild: dpa/Philipp Znidar

Die schwarz-rote Koalition in Berlin will stärker gegen illegale Müllentsorgung vorgehen. Der Umweltausschuss im Abgeordnetenhaus hat den Senat aufgefordert, die Bußgelder drastisch zu erhöhen. "Wir müssen alle gemeinsam an der Hemmschwelle arbeiten, Müll auf der Straße zu hinterlassen", erklärte **Lars Bocian**, einer der CDU-Antragsteller.

So soll eine weggeworfene Zigarettenkippe statt 55 Euro künftig 250 Euro Strafe kosten. Wer Sperrmüll illegal entsorgt, soll dafür künftig 4.000 Euro (statt bisher mindestens 150 Euro) zahlen. Hundekot nicht zu entfernen soll 80 Euro (statt bisher 55 Euro) kosten.


Außerdem sollen neue Tatbestände dazukommen: Künftig wird auch geahndet, wenn ein Müllsack illegal abgeladen wird (500 Euro pro Stück). Für wild entsorgten Bauschutt werden mindestens 25.000 Euro fällig - falls sich darin gefährliche Inhaltsstoffe befinden sogar 65.000 Euro.

Grüne: Antrag bringt nichts in der Umsetzung

Kritik an dem Vorschlag kam von den Grünen. "Netter Antrag, bringt aber nichts in der Umsetzung", sagte Umweltpolitikerin Julia Schneider. Auch bisher schon würde illegale Müllentsorgung in Berlin kaum geahndet. Das werde sich mit dem neuen Antrag nicht ändern, so Schneider.

Die AfD unterstützt zwar grundsätzlich die Initiative von Schwarz-Rot, hält den Antrag aber für nicht weitgehend genug. So müssten gleichzeitig auch die Ordnungsämter gestärkt werden, forderte deren Umweltpolitiker Alexander Bertram, und künftig in einem Dreischichtsystem arbeiten können: "Denn die Müllsünder werden nicht um 22 Uhr aufhören, wenn die Schicht des Ordnungsamts endet, sondern das passiert in der Regel danach".

Die Beschlussempfehlung des Umweltausschusses geht jetzt ins Plenum des Abgeordnetenhauses.

Datum: 24.01.2025	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Thema: Manuela Anders-Granitzki

Parken in Pankow: Bezirk macht fast 5 Millionen Euro Überschuss

Durch die Parkraumbewirtschaftung hat der Bezirk Pankow mehr als vier Millionen Euro Überschuss erzielt. Das trage zur Konsolidierung des Bezirkshaushalts bei.

BLZ

24.01.2025 17:18 Uhr

Allein durch Bußgelder in der

Parkraumbewirtschaftung hat der Bezirk Pankow

mehr als zwei Millionen Euro

eingenommen. Seeliger/Imago

Das Bezirksamt Pankow hat 2024 nach eigenen Angaben einen Überschuss von mehr als 4,6 Millionen Euro durch Parkraumbewirtschaftung erzielt. Die Einnahmen aus Bußgeldern trugen laut Mitteilung mit 2.141.107 Euro erheblich zu diesem Ergebnis bei.

„Der im Rahmen der bezirklichen Parkraumbewirtschaftung erzielte Überschuss von mehr als 4,6 Millionen Euro wurde vollständig an den Bezirk abgeführt und trägt damit nicht unerheblich zur Konsolidierung des Bezirkshaushalts bei“, sagte Manuela Anders-Granitzki (CDU), Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum. Sie stimmte zudem den Aussagen des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner (CDU) zu, dass Spielraum für eine Anhebung der Anwohnerparkgebühren bestehe.

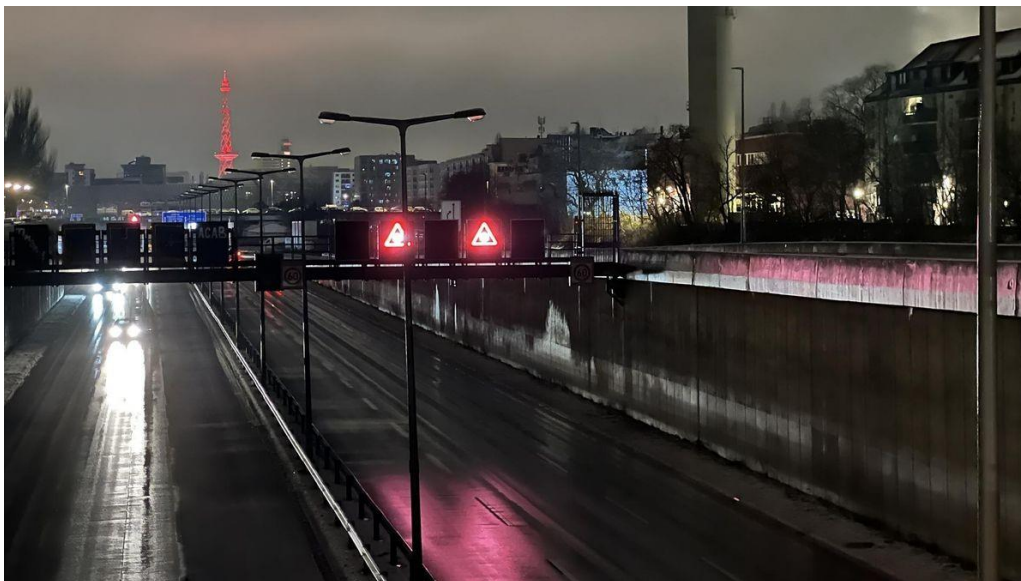
Pankow: Abgeordnetenhaus stimmt Sanierungskonzept für Bezirk zu

Die Prognose für das laufende Jahr sieht eine geplante Gewinnabführung von 2.915.000 Euro vor. Allerdings bleibt abzuwarten, ob dieser Ansatz erreicht wird, da dies von unvorhersehbaren Faktoren wie dem Mobilitätsverhalten der Autofahrer abhängt. Auch die Bußgeldeinnahmen könnten von dieser Unsicherheit betroffen sein. Im Zuge eines Sanierungskonzepts für die Jahre 2025 bis 2027 wird Pankow ein Verkehrsgutachten beauftragen. Auf dessen Grundlage, teilte der Bezirk mit, könnte eine Anpassung der Gebührensätze durchgeführt werden und ab 2026 jährlich zusätzliche Einnahmen von etwa 200.000 Euro generiert werden.

Datum: 25.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Jessica Hanack Thema: Johannes Kraft

Stadtautobahn plötzlich dunkel

Beleuchtungs-Stopp auf der A100: Behörde unter Druck



Auf einem Abschnitt der Berliner Autobahn A100 unweit des Funkturms wurde die Beleuchtung bereits abgeschaltet. © dpa | Julius Schreiner

Berlin. Autobahn-Gesellschaft will alle Lampen auf Berlins Autobahnen abschalten. Das sorgt für Kritik und wird nun im Abgeordnetenhaus Thema.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article408152587/beleuchtungs-stopp-auf-der-a100-behoerde-unter-druck.html>

Datum: 28.01.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Simon Schwarz Thema: Johannes Kraft

Morgenpost exklusiv

A100: Abschaltung der Autobahn-Beleuchtung gestoppt



Auf mehreren Abschnitten der Stadtautobahn A100 herrschte Anfang Januar plötzlich Dunkelheit. © dpa | Julius Schreiner

Berlin. Die Autobahn GmbH hatte ohne Rücksprache die Beleuchtung auf mehreren Abschnitten der A100 abgestellt. Nun reagierte der Betreiber auf Kritik.

Es war eine Überraschung für viele Berliner Autofahrer: Anfang Januar wurde plötzlich auf mehreren Abschnitten der **Stadtautobahn A100** die **Beleuchtung abgeschaltet**. Dies wurde offenbar allein von der zuständigen **Autobahn GmbH des Bundes** entschieden, ohne die Berliner Behörden einzubinden.

Nun reagierte die **Autobahn GmbH** auf von Autofahrern und Politik hervorgebrachte Kritik: bis auf weiteres wird es keine weiteren Abschaltungen geben. Dies teilte ein Sprecher unserer Redaktion exklusiv mit. Demnach wird das weitere Vorgehen transparent mit dem Land Berlin und dem Bundesverkehrsministerium besprochen. Bisher wurde die Beleuchtung an 597 Masten der A100 abgeschaltet.

So begründete die Autobahn GmbH die Abschaltung der Beleuchtung

Die Autobahngesellschaft des Bundes, die seit 2021 für die Berliner Autobahnen verantwortlich ist hatte die **Beleuchtung** Anfang Januar abgeschaltet, weil sie aus ihrer Sicht nicht nötig sei. Autobahnen seien mit Abstand die sichersten Straßen in Deutschland, „die Beleuchtung hat keinen Einfluss auf das Unfallgeschehen“, teilte damals die stellvertretende Direktorin der Niederlassung Nordost der Autobahn GmbH, Kerstin Finis-Keck, mit. Eine unbeleuchtete Autobahn sei genauso sicher wie eine mit Beleuchtung.

Demnach sei die A100 durch Elemente wie lichtreflektierende Markierungen in den vergangenen Jahren auf den neuesten Stand gebracht worden. Zudem sei die Beleuchtung moderner Autos lichtstark, hieß es zur Begründung die Beleuchtung bis Ende April größtenteils **abschalten** zu wollen.

Die Autobahn GmbH verwies damals auf Studien des Berliner Senats: Mit der Abschaltung würde demnach auch CO₂ eingespart und gegen die Lichtverschmutzung vorgegangen, auch die Kostenersparnis sei ein Faktor. Zudem stellen „die vielen Lichtmasten an und auf den Autobahnen Berlins für die abnehmende **Insektenzahl** eine weitere tödliche Falle dar“, sagte Finis-Keck.

Autofahrer und Politik waren von Abschaltung überrumpelt worden

Nicht nur Autofahrer, sondern auch die Berliner Behörden waren von der Abschaltung **überrumpelt** worden. Petra Nelken, Sprecherin der Senatsverkehrsverwaltung sagte, es habe seitens der Autobahn GmbH keine Benachrichtigung ihres Hauses gegeben: „Wir wussten davon nichts.“


Auch in der Berliner Landespolitik sorgte die Abschaltung der Autobahnbeleuchtung und das Vorgehen für **Kritik**: Die [Linksfraktion](#) forderte sie zu stoppen. Der „einseitige Schritt des Bundes“ sei „nicht nachvollziehbar“, hieß es. Die [SPD](#) wollte Vertreter der Autobahn GmbH in den Verkehrsausschuss des [Abgeordnetenhauses](#) laden. „Für uns hat vor allem die Verkehrssicherheit einen hohen Stellenwert“, hieß es vom verkehrspolitischen Sprecher Tino Schopf. Der [CDU](#)-Verkehrsexperte Johannes Kraft sprach von einem „unschönen Vorgang“ und forderte die Wiedereinschaltung der Beleuchtung.

Darum ist eine Beleuchtung der Stadtautobahn notwendig

Dass bestimmte Abschnitte der A100 nicht mehr beleuchtet werden, wird schon seit längerem diskutiert. 2015 hatte die damalige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hierzu eine **Studie** in Auftrag gegeben. Demnach könne nur auf 11 Prozent der insgesamt 30,6 Kilometer langen Stadtautobahn auf eine Beleuchtung verzichtet werden. Bei der restlichen Strecke sei dies weiter nötig.

Als Gründe angeführt wurden: Die hohe Verkehrsstärke, hohe Unfallkostendichte, die dichte Abfolge von Anschlussstellen, viele **Störlichtquellen** neben der Autobahn, das Blendrisiko durch entgegenkommende Fahrzeuge und das überwiegende Fehlen von Standstreifen.

Mit dpa

Datum: 31.01.2025	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Thema: Manuela Anders-Granitzki

Partnerschaft mit Israel: Pankower Grünfläche wird zum Ashkelon-Platz

Seit mehr als 30 Jahren pflegt Pankow eine Städtepartnerschaft mit dem israelischen Ashkelon. Die Partnerschaft soll mit der Benennung einer Grünfläche geehrt werden.

BLZ

31.01.2025 12:54 Uhr



Der Bezirk Pankow führt seit etwa 30 Jahren eine Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Ashkelon. Seeliger/Imago

Das Bezirksamt Pankow, das Land Berlin und der Bund haben entschieden, eine bisher unbenannte Grünanlage in Prenzlauer Berg offiziell als Ashkelon-Platz zu benennen. Der Platz befindet sich zwischen Danziger Straße, Diesterwegstraße und Ella-Kay-Straße. Ziel dieser Namensgebung sei es, die Städtepartnerschaft zwischen dem Bezirk Pankow und der israelischen Stadt Ashkelon zu ehren. Die Umbenennung ist mit der Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin Nr. 50 am 29. November 2024 und dem Ablauf der Einspruchsfrist offiziell geworden, teilte das Bezirksamt mit.

Pankow: Bezirk hofft auf Besuch in israelischer Partnerstadt

Diese Partnerschaft, die aus dem ehemaligen Bezirk Weißensee stammt, wurde am 7. Juli 1994 offiziell mit einer Unterschrift der jeweiligen Bürgermeister, Benny Vaknin für Ashkelon und Gert Schilling für Weißensee, besiegelt. Im vergangenen Jahr gab es unter anderem

einen sportorientierten Jugendaustausch, teilte der Bezirk Pankow mit. Zudem habe der Bezirk nach dem 7. Oktober 2023 eine Spendenaktion zur Unterstützung Ashkelons gestartet. Die Stadt wurde aufgrund ihrer Nähe zum Gazastreifen Ziel von Raketenangriffen.

Manuela Anders-Granitzki, Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum, führt zur Intention der Benennung aus: „Durch den Ashkelon-Platz senden wir eine Botschaft an die Menschen in unserer Partnerstadt Ashkelon, dass wir als Pankower seit dreißig Jahren und insbesondere in diesen schwierigen Zeiten fest an ihrer Seite stehen und sie jederzeit in unserem Bezirk und unserer Stadt willkommen sind. Den Israelhassern und Antisemiten in Berlin wird damit gezeigt, dass sie unsere Stadt nicht repräsentieren, sondern die Freundschaft zu Israel sowie die Solidarität mit Jüdinnen und Juden weiterhin selbstverständlich sind. Der Waffenstillstand zwischen Israel und den Terroristen der Hamas sowie die Freilassung mehrerer israelischer Geiseln lässt Hoffnung aufkommen, dass bald Frieden herrscht und der Besuch unserer Partnerstadt wieder uneingeschränkt möglich ist. Mein Dank gilt an dieser Stelle auch dem Freundeskreis Berlin Pankow-Ashkelon, der die Städtepartnerschaft pflegt und sich für diese Benennung besonders eingesetzt hat.“